

René Rock



Dieselfahrverbot in Hessen stoppen.

Es ist Aufgabe des Landes, für saubere Luft in unseren Städten zu sorgen. Wegen unzureichender Maßnahmen zur Luftreinhaltung in mehreren hessischen Städten wurde die schwarz-grüne Landesregierung verklagt. Für die Stadt Frankfurt ordnete das Verwaltungsgericht Wiesbaden ein Fahrverbot an.

Ab 1. Februar 2019 gilt in Frankfurt ein Fahrverbot für alle Dieselfahrzeuge mit der Abgasnorm Euro 4 oder schlechter sowie für Benziner mit der Abgasnorm Euro 1 und 2. Ab 1. September 2019 wird das Fahrverbot auf Euro 5-Diesel ausgeweitet.

Das Fahrverbot ist unverhältnismäßig!

Allein in Frankfurt sind laut Kraftfahrtbundesamt rund 98.000 Fahrzeughalter betroffen.

Im Ballungsraum Rhein-Main fallen über 700.000 Fahrzeuge unter das angeordnete Fahrverbot.

Es trifft insbesondere Menschen mit geringem Einkommen sowie die über 360.000 Pendler, die tagtäglich nach Frankfurt und wieder zurück fahren.

Fahrverbot ab	Betroffene Schadstoffklassen	Anzahl der betroffenen Fahrzeuge in Hessen
Februar 2019	Euro 1 + Euro 2 (Benzin und Diesel)	345.987
	Diesel Euro 3 + Euro 4	372.710
September 2019	Euro 5-Diesel	443.139
Gesamt		1.161.836

Erst steht der Diesel still. Dann das ganze Land.

Kalte Enteignung verhindern.

Kontakt

FDP Hessen
Adolfsallee 11, 65185 Wiesbaden

T: 0611 999060, F: 0611 9990635
hessen@fdp.de, fdp-hessen.de





Verkehrskollaps ungekannten Ausmaßes

Auch das öffentliche Leben und die Wirtschaft werden durch das Fahrverbot stillgelegt. Rund zwei Drittel der ÖPNV-Busse der Stadt Frankfurt unterliegen dem Fahrverbot.

Auch in der kommunalen Daseinsvorsorge, etwa bei der Abfallentsorgung, kommen überwiegend Dieselfahrzeuge zum Einsatz.

Bis zu 60 Prozent der Frankfurter Taxen, die auch dem Krankentransport dienen und im ÖPNV-Ersatzverkehr eine wichtige Rolle spielen, sind betroffen. Die Belieferung des Einzelhandels und der Supermärkte erfolgt überwiegend mit dieselpetriebenen Fahrzeugen.

»Frankfurt wird nicht die letzte Stadt mit Fahrverboten sein. Es drohen ein Flächenbrand und ein verkehrspolitischer Notstand« René Rock

Dramatischer volkswirtschaftlicher Schaden

Insbesondere das Handwerk und die Bauwirtschaft sind fast ausnahmslos mit Dieselfahrzeugen unterwegs. Tourismus und Gastronomie sind elementar auf die Erreichbarkeit der Stadt Frankfurt angewiesen.

Laut Gerichtsurteil sollen Ausnahmen nur zeitlich begrenzt möglich (6 Monate) und so teuer sein, dass der Anreiz für einen Neukauf oder eine Umrüstung geschaffen wird.

Das Fahrverbot führt für jeden betroffenen Fahrzeugeigentümer zu einem persönlichen Verlust von mehreren tausend Euro, der einer Enteignung gleichkommt. Gutachter schätzen die durchschnittlichen Kosten für die technische Umrüstung eines Fahrzeugs auf 3.000 Euro.

Zudem ist mit einem erheblichen Wertverlust sowie einem erhöhten Spritverbrauch nach der Umrüstung zu rechnen.

Fahrverbote drohen in weiteren hessischen Städten



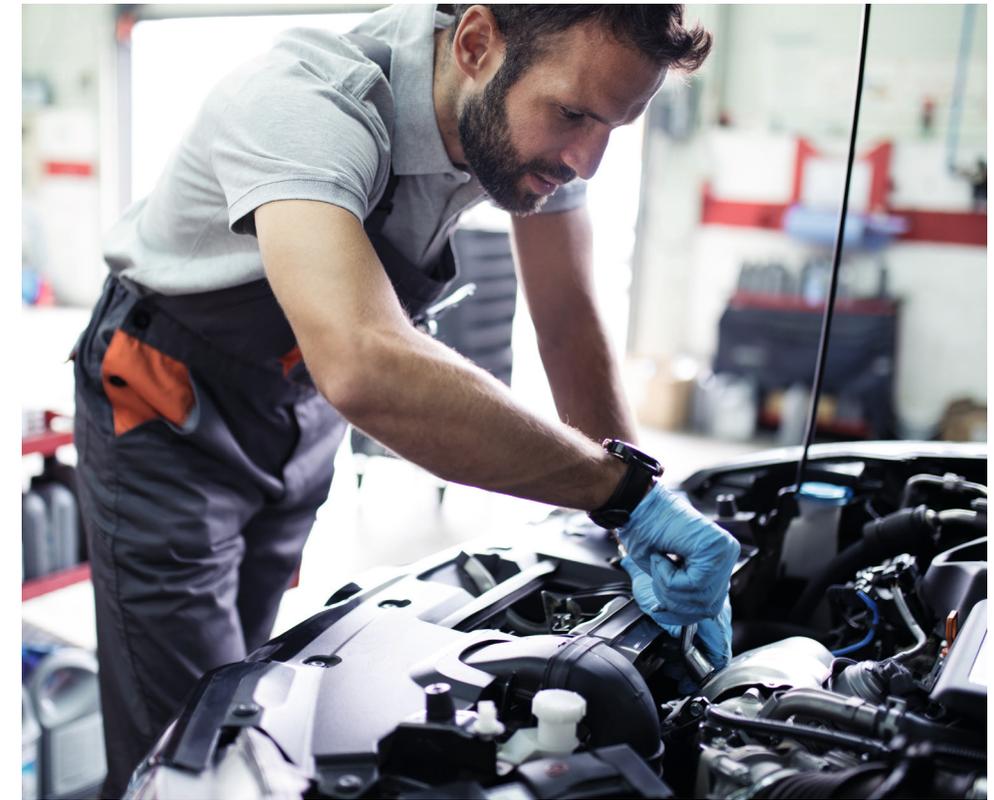
» Hessens Autofahrer dürfen nicht für das Versagen der schwarz-grünen Landesregierung bei der Fortschreibung der Luftreinhaltepläne bezahlen! « René Rock

Was gegen ein generelles Fahrverbot in Städten spricht

- Stickoxid-Belastung in Hessens Städten ist geringer als je zuvor
- Fahrverbote dürfen laut Gericht nur verhängt werden, wenn sämtliche Maßnahmen ausgeschöpft wurden

Unsere Sofortmaßnahmen für Hessen

- Fahrverbote unter Einsatz aller verfügbaren Mittel verhindern
- 100 Millionen Euro-Sofortprogramm des Landes zur Luftreinhaltung
- Mobilitätsgarantie für betroffene Fahrzeughalter und größtmögliche Schadensbegrenzung für das öffentliche Leben



Was für die Luftreinhaltung getan werden kann

- Einführung innovativer Maßnahmen der Verkehrslenkung, -infrastruktur und -mobilität sowie Schaffung notwendiger Rahmenbedingungen für moderne Verkehrsleitsysteme wie Pooling oder Ride Sharing
- Schnelle Nachrüstung von älteren Dieselnbussen und vorgezogene Neubeschaffung von Euro 6-Modellen
- Digitalisierung des Nahverkehrs durch innovative Ticketingsysteme, wie etwa E-Ticket-Verfahren und Check-in-be-out
- Verbesserung der Infrastruktur für den nichtmotorisierten Verkehr

»Die schwarz-grüne Landesregierung trägt die Verantwortung für Fahrverbote!« René Rock

- Beschleunigung der schleppenden Software-Nachrüstung für Diesel-Kfz und Übernahme der Haftung für mögliche Schäden am Fahrzeug durch die jeweiligen Automobilhersteller
- Moratorium und Aussetzung der EU-Luftqualitätsrichtlinie (RL 2008/50/EG), um Zeit zu gewinnen für die Umsetzung innovativer Maßnahmen, für Nachrüstungen und für den standardmäßigen Flottenaustausch älterer Diesel-Kfz

